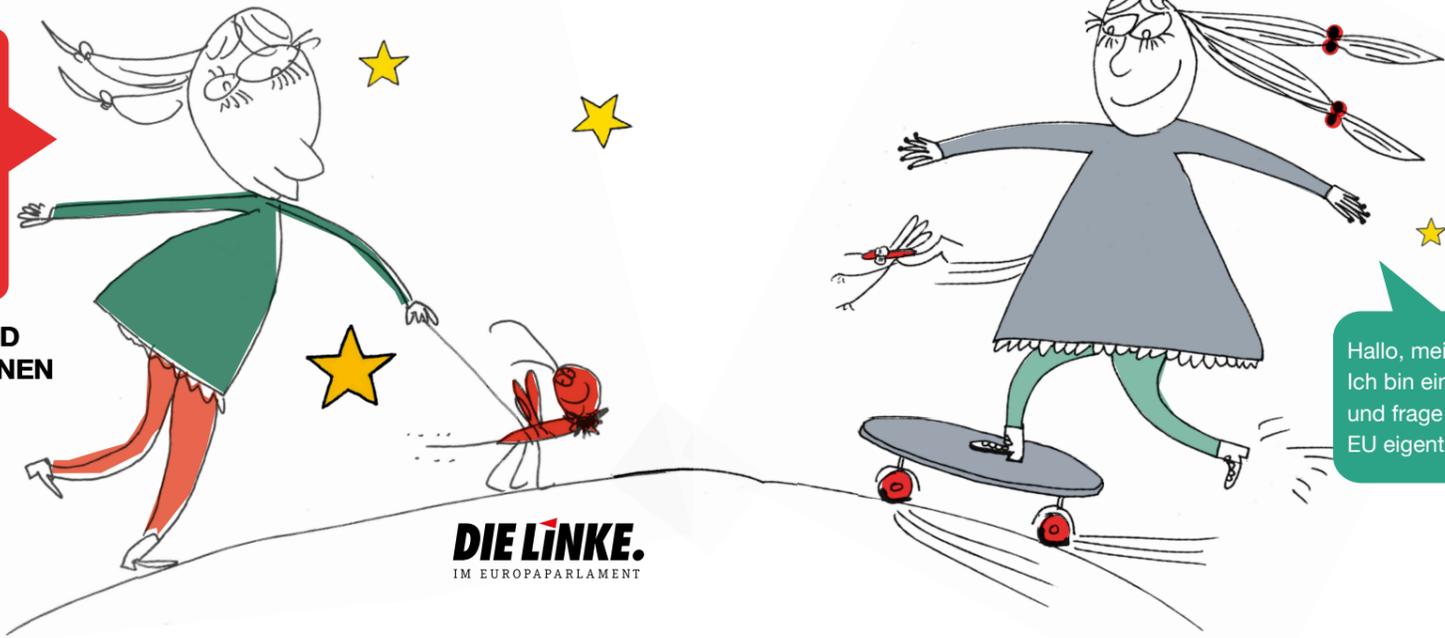


Was tut die EU eigentlich für mich?

EU IM ALLTAG UND IN DEN KOMMUNEN

THE LEFT
IN THE EUROPEAN PARLIAMENT

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT



Hallo, mein Name ist Emilia. Ich bin eine junge EU-Bürgerin und frage mich oft: Was tut die EU eigentlich für mich?

Ich weiß schon, dass es viele europäische Gesetze gibt, die mein Leben mitbestimmen. Aber trotzdem habe ich viele Fragen: Kümmert sich die EU wirklich darum, wie krumm eine Gurke ist? Beahlt die EU echt für den Radweg vor meiner Schule? Wer regelt eigentlich die Qualität des Trinkwassers und sorgt für Verbraucherschutz?

Kommunen müssen viele Dienstleistungen europaweit ausschreiben. Aber sind die billigsten Anbieter wirklich die besten? Zahlen diese Firmen auch gute Löhne und schaffen sie Arbeitsplätze in der Region? Hier liegt allerhand im Argen und muss sich zugunsten der Kommunen ändern. Aber es gibt auch gute Förderungen und Forderungen der EU, die unser Leben einfacher machen. Und übrigens: Die gerade Gurke wollten die Lebensmittelgroßhändler gegen alle durchsetzen, um Verpackung und Transport zu vereinfachen. Das war keine Erfindung der EU und ist auch kein geltendes Gesetz.



Wenn ich morgens dusche oder aus dem Wasserhahn trinke, kann ich das dann bedenkenlos tun? Eigentlich ja, denn die EU-Trinkwasserrichtlinie gilt ja in allen EU-Mitgliedsländern gleichermaßen.

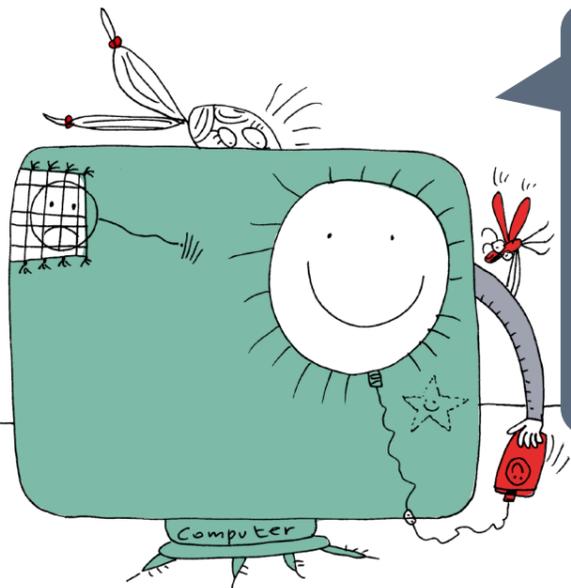
Den guten Zustand unseres Wassers sollten die Mitgliedstaaten bis 2015 erreichen, Haben sie aber nicht. Und so wurde die Umsetzungsfrist der Wasserrahmenrichtlinie bis 2027 verlängert. Doch die Finanzierung in den Kommunen ist nicht ausreichend, die Kontrollen der EU bei grenzüberschreitenden Umweltschäden sind bisher nicht wirksam. Wir müssen hier unseren Landesregierungen unbedingt Druck machen.



Nach dem Duschen mache ich mir mein Müsli mit frischer Milch oder Joghurt. Neben dem Lieferanten bzw. der Molke-rei stehen auf den Verpackungen viele Sachen drauf. Ich kann genau nachlesen, wie hoch der Zucker- oder Fettanteil der Lebensmittel ist. Meine Rechte auf Information als Verbraucherin schützt die EU.

Im Punkt 11 der Europäischen Säule sozialer Rechte ist die Europäische Kindergrundsicherung verankert, die die Mitgliedstaaten in Aktionsplänen bis 2030 umsetzen sollen. Die Kommunen stehen bei der Umsetzung in großer Verantwortung, denn sie sichern neben der kostenlosen frühkindlichen und schulischen Bildung auch mindestens eine gesunde Mahlzeit pro Schultag ab. So der Plan. Der deutsche Finanzminister hat es offenbar noch nicht begriffen, dass die Kindergrundsicherung längst europäisch gefordert ist!





Um Insta, Youtube und soziale Netzwerke kümmert sich die EU auch. Hier gibt es einen verbesserten Kinder- und Jugendschutz. Plattformen müssen sexistische und rassistische Inhalte schneller löschen. Sponsoring, Werbung und Produktplatzierungen müssen deutlich erkennbar sein.

Oft mangelt es jedoch noch an der konsequenten Durchsetzung in den Mitgliedstaaten. Datenschützer*innen, Jugend- und Medienpolitik haben zwar längst europäische Vorgaben, doch sie müssen in den Ländern und Kommunen auch aktiv werden. Denn z. B. im Klassenraum sollten Schüler*innen und Lehrer*innen geschützte Online-Inhalte nutzen und ungestört digital kommunizieren können.



Bei der Arbeit haben es meine Eltern und ich demnächst ebenfalls mit der EU zu tun. Inzwischen gibt es eine Mindestlohnrichtlinie und bald hoffentlich auch einige Verbesserungen für Plattformarbeiter*innen. Die EU hat auch viele andere Maßnahmen durchgesetzt, wie Ruhezeiten für Lkw-Fahrer und mindestens vier Wochen bezahlten Urlaub im Jahr.



Es gab nicht nur während der Pandemie Beschäftigungsförderung aus der EU, wie das SURE-Programm. Kommunen können auch in Ausbildung und neue Arbeitsplätze mit vielen EU-Förderungen investieren, z. B. aus InvestEU, dem Europäischen Sozialfonds (ESF+) oder aus dem Just Transition Fonds, in dem es speziell um Arbeitsplätze geht, die nach dem Ende der Kohleförderung entstehen sollen.

Und wer im Ausland studieren will: Der alte Philosoph Erasmus macht's möglich. Naja, so heißt eines der EU-Förderprogramme für Schule, Hochschule und berufliche Bildung, versehen mit einem Plus. Und wer meint, seine Eltern hätten nicht genug Geld dafür, sollte es damit versuchen. Denn gerade für diese Fälle gibt es mehr finanzielle Unterstützung.



Erasmus+ ist mit 48 Mrd. Euro (2021–2027) eines der erfolgreichen Flaggschiffe der EU-Förderungen. Auch wenn es nicht direkt für Kommunen entwickelt wurde, können es Schulen, Lehrerinnen, Studierende und Auszubildende nutzen, um mehr von Europa kennenzulernen. Darüber hinaus gibt es z. B. über das InvestEU-Programm Ausbildungsförderungen, die Kommunen direkt nutzen sollten.



Kontakt: Martina Michels, MdEP
Persönliche Website: www.martina-michels.de
E-Mail: martina.michels@ep.europa.eu



Impressum: THE LEFT – Vereinte Europäische Linke/ Nordisch Grüne Linke · Die Linke. im Europaparlament.

Vi.S.d.P.: Martina Michels, DIE LINKE. im Europäischen Parlament

Europäisches Parlament · Rue Wiertz 60 · B-1047 Brüssel · Belgien
www.dielinke-europa.eu

Zeichnungen: Eyk Hirschnitz
Foto: Louise Schmidt
Layout: heilmeyer und sernau gestaltung
Druck: Druckerei Lippert GmbH
Auflage: 2.000 Exp.
Stand: September 2023

Wie ihr seht, die EU macht sehr viel für mich in meinem Alltag und meinem Tagesablauf. Und die Kommunen können EU-Gesetze und Förderungen intelligent nutzen, um das Zusammenleben in Europa und vor Ort zum Besseren zu gestalten.

Wenn ihr mehr wissen wollt, schaut doch mal hier vorbei:
www.dielinke-europa.eu
www.martina-michels.de
www.eu-foerdermittel.eu

